

jüngere Generation herangewachsen ist, die sich für mehr historische Bildung durchaus interessiert und aus der Geschichte für die Gegenwart lernen möchte. Es ist auch nicht mit einer parteioffiziösen Traditionspflege zu rechnen, die den Appell an die vermeintlich glorreiche Vergangenheit als Ersatz für mutiges Handeln in der Gegenwart nimmt. Zu wünschen wäre indes, dass die SPD ihr 150-jähriges Bestehen zum Anlass nimmt, sich wieder stärker einer historischen Analyse der Zeit zu widmen. Denn es ist offensichtlich, dass wir uns inmitten eines dramatischen Umbruchprozesses befinden. Der neoliberale Washington Consensus,

der das System von Bretton Woods abgelöst hatte, befindet sich angesichts der europäischen Wachstums- und Wohlstandskrise in Auflösung. Immer mehr Wissenschaftler und andere aufmerksame Zeitgenossen blicken deshalb auf die weltwirtschaftlichen Verwerfungen aus einer historischen Perspektive, um genauer zu ergründen, was schon der Vergangenheit angehört und worin die Zukunft liegen könnte. Die SPD, die schon einmal wie keine andere Partei die gesellschaftlichen Tendenzen ihrer Zeit erfasst hatte, sollte sich diese Traditionslinie rasch beleben, denn das Alte stürzt und die Zeit ändert sich. ■

Ursula Bitzegeo/Johannes Platz

Probleme einer gemeinsamen Erfahrungs- und Konfliktgeschichte

Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Ursula Bitzegeo

(* 1972) ist Sozial- und Wirtschaftshistorikerin und seit 2008 Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ursula.bitzegeo@fes.de



Johannes Platz

(* 1970) ist Sozial- und Ideenhistoriker und seit 2011 Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung.

johannes.platz@fes.de



Die historische Erinnerung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften umschließt eine periodische Erzählung von Möglichkeiten und Grenzen sozialer Mobilisierung, kollektiven Protests und

politischer Emanzipation. Geprägt durch die widersprüchlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, dem »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm), werden gemeinsame kulturelle Momente nicht zuletzt in der Ähnlichkeit von Biografien, Erfahrungen und Motivationen ihrer Mitglieder ausgemacht: das Erleben von Armut und Not, Selbsthilfe oder Unterstützung des sozialen Umfelds, Solidarität in Arbeitskämpfen, Widerstand gegen Feinde der Demokratie, politischer Gestaltungswille, Bekämpfung unkontrollierter Finanzmärkte, um nur einige zu nennen. Insbesondere in der Weimarer Zeit wurden der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften besondere Fähigkeiten zugeschrieben, Massen zu mobilisieren bzw. Mitglieder und Mehrheiten zu gewinnen. Deshalb sind auch schon damals »zyklische Erosionen« der Mitgliedschaft sowie das Misstrauen weiter Bevölkerungsteile in krisenhaften Zeiten stets als Zeichen des Niedergangs gedeutet worden.

In der Historiografie wurden noch bis in die 80er Jahre die Organisationsstrukturen, Handlungsräume und Aktionen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften gleichgesetzt mit der Summe »solidarischen Handelns« sich organisierender Arbeiterschaften, wie sie sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten.

Um insbesondere die Ideengeschichte der (freien) Gewerkschaften und der SPD im 19. und frühen 20. Jahrhundert kritisch-politisch zu würdigen, wurden vor allem das »soziokulturelle Umfeld«, das »Arbeitermilieu«, »die Klassenlage« und »der Klassenkampf« zu den zentralen historischen Messinstrumenten. Als erste gemeinsame Wurzel wurde die ideelle Entwicklung und Verbreitung der »sozialen Idee« (Gerhard A. Ritter) identifiziert, verstanden als soziale und politische Konsequenz, die sich aus der Transformation einer ständisch-absolutistischen Agrargesellschaft zur modernen Industrie- und Massengesellschaft und der Auflösung patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse ergab. Dabei wurde der Gesellenbewegung der 1840er Jahre eine besondere Bedeutung zugeschrieben, die, beeinflusst durch linke Intellektuelle, in zahlreichen Vereinen eine emanzipatorische Gegen- und Protestkultur entwickelten. Mit der Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeitnehmerorganisationen in den 1860er Jahren galten die gemeinsame Basis, der gemeinsame Adressat und die gemeinsame Forderung, wie die nach dem 8-Stunden-Tag, als weiteres verbindendes Element von Gewerkschaften und SPD. Als nicht weniger bedeutend wurde die geteilte frühe Verfolgungserfahrung eingeschätzt. So ist die polizeistaatliche Unterdrückung unmittelbar nach der gescheiterten Revolution von 1848 und während der Zeit der »Sozialistengesetze« (1878-1890) immer wieder als Phase besonderer Solidarisierung und Stärkung der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung beschrieben worden. Den Höhepunkt jedoch in der historischen Betrachtung

der gleichzeitigen Entwicklung bildete das »Mannheimer Abkommen« von 1906, das bis heute als ausdrückliche Anerkennung von Gleichrangigkeit und Gleichberechtigung von SPD und (freien) Gewerkschaften gewertet wird. Aber auch in der »Burgfriedenspolitik« zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden deutliche Ansätze gemeinsamer politischer Strategien erkannt.

Bemerkenswert ist auch, dass zur Weimarer Zeit selbst zeitgenössische Theoretikerinnen und Theoretiker wie Rosa Luxemburg und Robert Michels in ihren kritischen Überlegungen zur Arbeiterbewegung Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit wenig Differenz in einer Kritiklinie gleichsetzten. Mit dem Aufschwung der Massenorganisationen hätte sich in gleicher Form ein hauptamtlicher Funktionsapparat herausgebildet, der »oligarchische Tendenzen« aufwies und sich von der Basis der Lohnabhängigen entfernt hätte.

Als einer der herausragenden politischen Konflikte wird bis heute die Debatte um den »Massenstreik« (1905) als wirksames Kampfmittel zur Erreichung des direkten und geheimen Wahlrechts genannt, in der die Gewerkschaften im Gegensatz zur SPD eine sozialfriedliche Position bezogen, die sie jedoch im Zuge des Generalstreiks gegen den rechtsextremistischen Kapp-Putsch von 1920 aufgaben. Vor allem auch die sozialpolitischen Kontroversen zur Zeit der 1928 gebildeten Großen Koalition unter der Führung der SPD wurden als deutliche Abgrenzung der Gewerkschaften zu Koalitionswängen und als offene »Unabhängigkeitserklärung« interpretiert. In der Regierungszeit Hermann Müllers (SPD) erfuhren die Probleme mit dem Streit um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung dann erneut eine Zuspitzung bzw. wurde dieser Finanzierung ein hoher Symbolwert für die gesamte Arbeiterbewegung zugeschrieben. Und schließlich die Behandlung der Frage nach dem »Anpassungszwang« der Gewerkschaften an das nationalsozialistische Regime des Jahres

1933, der in der historischen Rezeption nicht selten das Bild einer »mutigen« SPD-Fraktion gegenübergestellt worden ist, die am 23. März 1933 im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten stimmte. Im Erinnerungsdiskurs um die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur konnte dann durchaus wieder eine historische Gemeinsamkeit ausformuliert werden: Die Widerstands- und Exilaktivitäten von SPD und Gewerkschaften in Zeiten der Diktatur sollten zumindest im Westen Deutschlands lange Zeit keine besondere öffentliche Würdigung erfahren.

Für die Zeit nach 1945 lassen sich ebenfalls markante Wegmarken und Diskurse benennen, entlang derer das Gemeinsame und das Trennende bis heute herausgearbeitet wird. Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen die deutschen Gewerkschaften aus ihrer Niederlage und anschließenden Zerschlagung inhaltliche und organisatorische Konsequenzen, während die SPD stärker traditionelle Anknüpfungspunkte suchte. Die zentralen Organisationsprinzipien der westdeutschen Gewerkschaften waren das Prinzip der von unten nach oben demokratisch aufgebauten Einheitsgewerkschaft und das Industrieverbandsprinzip. Der ostdeutsche Weg einer zentralistisch organisierten »Einheitsgewerkschaft«, die sich zunehmend als Transmissionsriemen der Staatspartei ohne eigenes Streik- und Tarifrecht verstand, widersprach dem demokratischen Verständnis freier Gewerkschaftlichkeit. In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg vertraten aber auch die westdeutschen Gewerkschaften weitgehende Neuordnungsvorstellungen, die eine Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien vorsahen, worin sie sich mit der Sozialdemokratie einig waren.

Für die betriebliche Welt etablierten die Gewerkschaften unter dem aus der Weimarer Zeit übernommenen Schlagwort der Wirtschaftsdemokratie weitgehende Partizipationsforderungen in den Unternehmensverwaltungen und -leitungsgremien,

die für die Montan- und Stahlindustrie mit dem Mitbestimmungsgesetz auch in der bundesrepublikanischen Ordnung erkämpft wurden. Mit der Forderung nach einer Verallgemeinerung dieses Modells scheiterten Gewerkschaften und Sozialdemokratie, denn bei dem 1952 verwirklichten Betriebsverfassungsgesetz erlitten sie eine Niederlage. Die Frage des »Scheiterns« ist allerdings ambivalent zu beantworten, denn angesichts der in den Folgejahrzehnten eingetretenen Bewährung der Institutionen der betrieblichen Mitbestimmung als erfolgreiche Wiederbelebung der betrieblichen Demokratie als Ordnungsprinzip kann das Modell auch angesichts der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 nicht als Niederlage gewertet werden.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie verabschiedeten sich in den 50er Jahren sukzessive vom Klassenkampf. Sie befürworteten mehr und mehr das Modell des korporativen Konsenskapitalismus, das seinen programmatischen Niederschlag im Godesberger Programm und in der programmatischen Orientierung des DGB in seinem Aktionsprogramm von 1955 fand. In den 50er und 60er Jahren etablierten sich tragfähige Verknüpfungen zwischen den im eigentlichen Sinne überparteilichen DGB-Gewerkschaften, deren Funktionärskörper dennoch stark sozialdemokratisch geprägt war. Die Nähe zwischen SPD und den Gewerkschaften fand ihren Ausdruck in engen parlamentarischen Querverbindungen zwischen Partei und Gewerkschaft.

Auf dem Arbeitsmarkt bildete sich angesichts der beinahe erreichten Vollbeschäftigung mit der Anwerbung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern eine neue, teils prekäre Schicht heraus, deren gewerkschaftliche Integration sich als schwierig erwies. Die ungelösten Probleme brachen unter der Bedingung des korporatistischen Modells der Integration von Arbeitnehmervertretern, Kapitalvertretern und dem Staat innerhalb der Konzertierte Aktion in Form wilder Streiks und spontaner Orga-

nisationsformen auf. Das stellte die Gewerkschaften, die sich bereits seit der ersten Hälfte der 60er Jahre um die Integration der neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bemühten, vor neue Herausforderungen. Im Laufe der 60er Jahre war die Automatisierung und Rationalisierung ein vieldiskutiertes Thema, wurde aber vor der Krise von 1966/67 realwirtschaftlich durch Vollbeschäftigung aufgefangen.

Ende der 60er und in den 70er Jahren erlebten Partei und Gewerkschaften einen Mitgliederboom ohnegleichen, der sich aus widersprüchlichen Quellen speiste. Einerseits verhiess die Reformpartei SPD Ausichten auf einen neuen gesellschaftlichen Kompromiss, der seinen Ausdruck im Slogan »Mehr Demokratie wagen« fand, andererseits traten nicht wenige aus der radikalisierten Jugend und aus den Reihen der Studierenden, die des Seminar marxismus' überdrüssig waren, den Weg in die Betriebe an und trugen so auch zu einer Renaissance eines klassenkämpferischen Ethos bei. Aus ihr entwickelten sich in den 70ern widersprüchliche Tendenzen, einerseits eine innergewerkschaftliche Opposition, andererseits neuer Nachwuchs, der sich aus den Protestbewegungen der Neuen Sozialen Bewegungen, wie der Lehrlingsbewegung, der Frauenbewegung und der ökologischen Bewegung rekrutierte. Auf politischer Ebene war die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 ein tragfähiger Kompromiss innerhalb der sozialliberalen Koalition, allerdings musste die gewerkschaftliche Seite starke Abstriche in ihren weitreichenden Reformvorstellungen hinnehmen. Eine erste starke Rezession 1966/67 konnte durch keynesianische Politik noch überwunden und eingedämmt werden. Die Krise von 1973/74 und ihre Folgen führten zu einem »Strukturbruch revolutionären Ausmaßes« (Anselm Döring-Manteuffel/Lutz Raphael) in dessen Folge ein gesamtgesellschaftlicher Strukturwandel der Arbeitswelten, der Produktion und der Gesellschaft zu verzeichnen war.

Der Strukturbruch ist aber auch gekennzeichnet durch Innovationen, wie einer zunehmenden Computerisierung der Produktion, die die Arbeitswelten einem Strukturwandel unterzogen. Insgesamt stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und der atypischen Beschäftigungsformen, wodurch weitere Tendenzen zur Prekarisierung in der Arbeitswelt sichtbar wurden. Während die Sozialdemokraten im Einklang mit den Gewerkschaften Veränderungen zum Gegenstand hatten, wie das Programm zur Humanisierung der Arbeit, und die SPD damit ihren Ruf als Reformpartei untermauern konnte, hinkten die Arbeitsmarktreformen der Entwicklung hinterher.

Die 80er Jahre waren durch zahlreiche Kämpfe gegen Betriebs- und Werkschließungen gekennzeichnet. Die Gewerkschaften und die gewerkschaftseigene Gemeinwirtschaft gerieten durch Missmanagement in eine tiefgehende Legitimationskrise, die auch das Image der Gewerkschaften beschädigte. In den Arbeitswelten und der Gesellschaft zeichnete sich der Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft ab, unter Zunahme des Angestelltenanteils. Vor neue Herausforderungen wurden die DGB-Gewerkschaften nach 1989 mit der friedlichen Revolution in der DDR gestellt, als es darum ging, die abhängig Beschäftigten in den neuen Ländern zu organisieren und sich mit einer Politik weitgehender Deindustrialisierung auseinanderzusetzen und diese sozialverträglich zu begleiten.

Das historische Interesse an den »großen« Organisationen gründet auf mehreren offenen Fragen: Wie können normative Vorstellungen, Programme und Ideen aktualisiert werden? Und welchen Beitrag kann die Erinnerung an die historische Substanz der gemeinsamen Kämpfe und Erfolge von Sozialdemokratie und Gewerkschaften künftig noch leisten, um im Falle neuartiger Konflikte, wie zuletzt um die Agenda 2010, letztlich doch zu kooperativen Lösungen zu gelangen? ■